



die tageszeitung, 06.08.2020, S. 6

Alternative zur Schwarzarbeit

Dachverbände fordern Zuschüsse für haushaltsnahe Dienstleistungen

Die Formulierung im schwarz-roten Koalitionsvertrag klingt entschlossen: „Wir verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von erwerbstätigen Eltern, Alleinerziehenden, älteren Menschen und pflegenden Angehörigen durch Zuschüsse für die Inanspruchnahme von haushaltsnahen Dienstleistungen“, ist in dem 2017 verfassten Papier zu lesen. Doch geschehen ist bis heute nichts. Nun fordern der DGB und der Deutsche Hauswirtschaftsrat Taten von der Bundesregierung. „Jetzt kommt es darauf an, das Vorhaben zügig umzusetzen“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der beiden Dachverbände, die der taz vorliegt. Für die betroffenen Haushalte wäre „diese Unterstützungsleistung im Alltag eine echte Entlastung“, schreiben DGB-Bundesvorstandsmitglied Anja Piel und Hauswirtschaftsratspräsidentin Sigfried Boldajipour.

Unter haushaltsnahe Dienstleistungen fallen Tätigkeiten, die ansonsten von Haushaltsmitgliedern erledigt werden müssten. Das Spektrum reicht von der Wohnungsreinigung über Gartenarbeit bis zu Pflege- und Betreuungsleistungen. Nach Schätzungen des DGB nehmen mehr als 3,8 Millionen Haushalte solche Leistungen in Anspruch.

Schon jetzt gibt es zwar eine steuerliche Förderung über die Einkommensteuererklärung. Doch das halten DGB und Hauswirtschaftsrat für nicht ausreichend. Das Problem sei, dass sich der Arbeitsmarkt in diesem Bereich „überwiegend auf Basis von nichtangemeldeter Beschäftigung oder von Minijobs“ bewege. „Es wird Zeit, dass ein Zuschussmodell endlich auch in Deutschland eingeführt wird und die haushaltsnahen Dienstleistungen nachhaltig als eigener attraktiver Dienstleistungsbereich gegenüber der Schwarzarbeit entwickelt werden“, fordern Piel und Boldajipour. *P. Beucker*